

„It's the economy, stupid!“

Mit diesem Slogan aus dem Jahr 1992 gewann Bill Clinton die Präsidentschaftswahlen in Amerika gegen seinen Kontrahenten Bush senior. Die USA befanden sich damals wie heute in einer Rezession und alle Industrieländer müssen jetzt die Auswirkungen einer weltweiten Wirtschaftskrise verkraften. Politik hat dabei die Aufgabe die Probleme deutlich zu benennen und neue Perspektiven aufzuzeigen. Dies gilt auch für Lokalpolitik. Bekanntlich zeigt sich in der kleinsten Einheit eines Landes - beim Bürger - wie sich Krisen hautnah auswirken. Auf dem Arbeitsmarkt, im Geldbeutel und bei allen sozialen Komponenten unserer Gesellschaft.

In der Bundeshauptstadt werden diese Auswirkungen besonders deutlich. 14,5% arbeitlose Berliner im Februar 2010, ein kontinuierlicher Anstieg befristeter und schlecht bezahlter Jobs, rapider Wegzug von Familien aus der Stadt, sowie große soziale Brennpunktgebiete auf alle Himmelsrichtungen Berlins verteilt – Aufschwung sieht anders aus. Dies alles hat Einfluss auf die langfristige Strategieplanung einer Stadt. Städtebauliche Maßnahmen rücken in den Hintergrund, Sozial-, Familien- und Schulpolitik geraten in den Vordergrund. Deshalb ist die Maßnahme der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung richtig, 50 Millionen Euro jährlich für so genannte „Aktionsräume plus“ zur Verfügung zu stellen. Nur reicht das leider nicht. Es schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern hilft höchstens den Status quo zu halten. Und die Senatsverwaltung für Bildung muss dringend mit ins Boot!

Es nützt auch nicht viel, wenn der Regierende Bürgermeister die Berliner Kreativbranche als Wachstumsmotor beschwört. Im diesem Bereich arbeiten ca. 10 % der Erwerbstätigen und davon besonders viele Ein-Personen-Unternehmen mit geringen Einkünften. Die Kreativbranche erwirtschaftet zwar einen Umsatzanteil von über 20 % am Berliner Bruttoinlandsprodukt, aber die Bilanz fällt nur deshalb halbwegs positiv aus, weil man die Software-, Games- und Telekommunikationsdienstleistungen zur „Kulturwirtschaft“ zählt. Und wo bleibt sie, die aggressive Arbeitsmarktpolitik des Wirtschaftssenators? Brandenburg macht uns vor, wie man Firmen ansiedelt und Arbeitsplätze schafft – trotz schlechterer Startbedingungen nach der Wende.

Für die hektargroßen Entwicklungsräume Tempelhofer Feld, Flughafen Tegel, Heidestrasse, Spreerraum Ost und City West fehlen diese Ansiedlungen und damit Arbeitsplätze. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die umkämpfte „Mitte“ Berlins, derweilen Spandau, Haselhorst, Wilhelmstadt, Neukölln und Marzahn-Hellersdorf sozialen Sprengstoff liefern.

Die schließungsbedingten Aufwendungen für den ehemaligen Flughafen Tempelhof erreichen mittlerweile über 60 Millionen Euro, Tendenz steigend. Für den Flughafen Tegel gibt es dagegen die Hoffnung, die Änderung des Flächennutzungsplans ließe nach der Schließung 2011 noch zukünftige Spielräume offen. Die Ideensammlung dafür haben die CITYFÖRSTER geliefert: sie reicht von der Errichtung eines Freistaates Tegel, über die Einführung neuer Planungsinstrumente, bis hin zur Installation von Leerräumen als Reserveflächen für zukünftige, unvorhersehbare Nutzungen („Nektar“ = nicht Hektar). „Die zahlreichen Handlungsoptionen werden in einem kreativen Planungsablauf kanalisiert, während die Ideenopulenz konstant fortgeschrieben wird“, schreiben sie in ihrem Werkstattkonzept.

Konsolidieren und energieeffizient sanieren, statt neue Flächen versiegeln, wäre eine weitere bau- und umweltpolitische Strategie. Gebiete für eine unbekannt Zwischenzeit begrünen und mit Energiewäldern bepflanzen, eine ergänzende Andere. Aber ohne neue Arbeitsplätze geht gar nichts – das muss auch der Senator für Wirtschaft endlich kapieren!